AKTIVESMUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

ZWANGSRÄUME
Digitale Ausstellung zur antisemitischen Wohnungspolitik
in Berlin 1939-1945

MITGLIEDERRUNDBRIEF 90 · JANUAR 2024

IMPRESSUM

Aktives Museum
Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Stauffenbergstraße 13-14
10785 Berlin
+49(0)30-263 9890 39
info@aktives-museum.de
www.aktives-museum.de

Vorstand
Dr. Christoph Kreutzmüller Vorsitzender
Dr. Karoline Georg stellvertr. Vorsitzende
Marion Goers stellvertr. Vorsitzende
Robert Bauer
Astrid Homann
Dr. Akim Jah
Dr. Gerd Kühling
Angelika Meyer
Dr. Ruth Preusse
Lotte Thaa

Geschäftsführer
Kaspar Nürnberg

Redaktion
Kaspar Nürnberg

Konzept und Gestaltung
Lehmann & Werder Museumsmedien
in Kooperation mit Elke Lauströer, Grafik Design

Druck
Katalogdruck Berlin
www.katalogdruck-berlin.de

Neue Mitglieder sind willkommen!

Jahresbeitrag 55,00 Euro, ermäßigt 27,50 Euro

Spendenkonto
Berliner Sparkasse
IBAN: DE87 1005 0000 0610 0122 82
BIC: BELADEBEXXX

Bildrechtenachweis

Titel	Kornelia Kugler, Berlin
S. 2	Kornelia Kugler, Berlin
S. 3	Kornelia Kugler, Berlin
S. 4	Kornelia Kugler, Berlin
S. 5	Leona Goldstein, Berlin
S. 6	Nihad Nino Pušija, Berlin
S. 7	Kornelia Kugler, Berlin
S. 8	Kornelia Kugler, Berlin
S. 9	Kornelia Kugler, Berlin
S. 10	Kornelia Kugler, Berlin
S. 12	Deutsches Literaturarchiv Marbach
S. 13	Deutsches Literaturarchiv Marbach
S. 14	Deutsches Literaturarchiv Marbach
S. 16	Mara Grehl, Berlin
S. 17	Nora Hogrefe, Berlin / Stella Flatten, Berlin
S. 18	Stella Flatten, Berlin
S. 19	Stella Flatten, Berlin
S. 20	Arnd Flatten, Berlin
S. 21	Stella Flatten, Berlin
S. 24	Luftbilddatenbank Dr. Carls GmbH, Estenfeld

INHALT

2 **Editorial**
Christoph Kreutzmüller

3 **Zwangsräume.**
Eröffnungsveranstaltung zum Launch unserer digitalen Ausstellung zur antisemitischen Wohnungspolitik in Berlin 1939-1945 am 16. Oktober 2023 im Roten Salon der Volksbühne
Christoph Kreutzmüller / Karoline Georg / Johanna Kühne / Gundula Meiering / Akim Jah / Astrid Homann

11 **„Ich bin hier so fremd wie am ersten Tag…".**
Die letzten Jahre der Dichterin Gertrud Kolmar in einer Zwangswohnung in der Speyerer Straße 10 (heute Münchener Straße 18a)
Friederike Heimann

16 **Ein historisches Straßenfest in der Gartenstadt Neu-Tempelhof anlässlich der Tage des Exils in Berlin im September 2023**
Mara Grehl

21 **Vereinigtes Erinnern? Geschichte von unten in Berlin.**
Der achte „Salon" des Aktiven Museums
Karoline Georg / Nora Hogrefe / Gerd Kühling / Jens Schley / Lotte Thaa

23 **„Ausweichdienststelle Dachs".**
Wulkow – ein vergessener Täterort nahe Berlins
Nils Weigt

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde des Aktiven Museums,

Als das Aktive Museum gegründet wurde, war der Zweite Weltkrieg noch nicht ganz vierzig Jahre her. Zerstörung und Verwüstung waren noch deutlich sichtbar, im Stadtbild, in der politischen Landschaft, aber auch in der Bevölkerung. Im ausgeklungenen Jahr haben wir unseren 40. Vereinsgeburtstag gefeiert. Wir müssen der Tatsache ins Auge sehen, dass Krieg, Porajmos und Schoa langsam, aber sicher aus dem Bereich der Zeitgeschichte „rutschen". Mit den Zeitzeug*innen geht auch ein Stück Emotionalität verloren. Das Erlebte verblasst und scheint weniger dringlich. Auch dies trägt zum Wiederaufleben des eigentlich von vielen schon tot geglaubten Faschismus in Europa bei.

Sich dem entgegen zu stellen, wird uns nur gelingen, wenn wir an konkreten Orten konkrete Geschichten so erzählen, dass sie eine klare Relevanz für unser Heute haben. Ich finde, dies ist uns jüngst mit dem Projekt „Zwangsräume" geglückt, das ja letztendlich viel mehr als „nur" eine Online-Ausstellung gewesen ist. In diesem Rundbrief werden einige Aspekte davon thematisch aufgegriffen und auch auf der Bildebene nochmals rekapituliert.

Kurz vor Redaktionsschluss erreichte uns in diesem Zusammenhang die frohe Botschaft, dass unser gemeinsam mit sämtlichen zwölf Berliner Regionalmuseen bei der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin eingereichter Antrag „(UM)BENENNEN. Berlins Straßennamen in Geschichte und Gegenwart" positiv beschieden wurde. Da ist sie also schon, die nächste Gelegenheit, partizipativ genau solch ein Thema, das zugleich historisch, stadträumlich und gegenwartsrelevant ist, zu bearbeiten und die Ergebnisse in die Erzählräume unserer diversen Stadtgesellschaft einzuspeisen. Wer daran mittun möchte – wie und wodurch auch immer – melde sich gerne in der Geschäftsstelle.

Ein anderes Best Practice-Beispiel dafür, wie so etwas gelingen kann, war das historische Straßenfest in der Gartenstadt Neu-Tempelhof anlässlich der Tage

„Zwangsräume"-Plakatwand in der Oranienstraße

des Exils im September, über das Mara Grehl in diesem Heft berichtet, während Nils Weigt auf Wulkow als einen vergessenen Täterort nahe Berlins eingeht und die Salon-Vorbereitungsgruppe den achten „Salon" des Aktiven Museums zusammenfasst, der die Erinnerung an einige Aktivitäten unseres Vereins in den frühen 1990er-Jahren wachgerüttelt hat.

Einstweilen ganz herzliche Grüße, auch namens meiner Vorstandskolleg*innen

Christoph Kreutzmüller
Vorsitzender

ZWANGSRÄUME

Eröffnungsveranstaltung unserer digitalen Ausstellung zur antisemitischen Wohnungspolitik in Berlin 1939-1945 am 16. Oktober 2023 im Roten Salon der Volksbühne

Rede zum Launch der Ausstellung

Natürlich fällt uns die Eröffnung der Ausstellung heute schwer: Angesichts des vor laufender Kamera begangenen grausamen Massenmords der Hamas vor gut einer Woche und angesichts des Leids, das der Krieg Unschuldigen noch zufügen wird, stockt uns der Atem.

In solchen Momenten gegenwärtigen Schreckens scheint die schreckliche Vergangenheit fern und unbedeutend. Doch auch angesichts der jüngsten antisemitischen Schmierereien in Berlin ist und bleibt die aktive Erinnerung, unser Sprechen, Schreiben, Forschen und Streiten über unser aller Geschichte, die Geschichte dieser Stadt, für unser Zusammenleben zentraler Mark- und Merkpunkt. Und: In Berlin gibt es noch viel zu tun! Trotz der vielen wichtigen Initiativen und gelungenen Projekte ist die Geschichte des Nationalsozialismus in Berlin keineswegs ausgeforscht, sondern – wie die Stadt selbst – eine Baustelle. Umso glücklicher bin ich, dass wir heute eine der Baulücken schließen können.

Als Silvija Kavčič, Akim Jah und ich vor gut zweieinhalb Jahren den Aufruf zum Projektstart im Rundbrief veröffentlichten, hatten wir unterschiedliche Ziele. Der Leiterin der Koordinierungsstelle Stolpersteine ging es darum, mehr darüber zu erforschen, in welchen Häusern Jüdinnen und Juden zwangsweise wohnen mussten. Dieses Wissen ist für die Frage nach dem letzten freigewählten Wohnort der später Deportierten und damit für die Platzierung von Stolpersteinen wichtig. Dem Forscher und unserem Vorstandsmitglied Akim Jah ging es um all die ungelösten Fragen im Zusammenhang mit der zwangsweisen Umsiedlung der Jüdinnen und Juden innerhalb der Stadt. Und als Vorsitzender unseres wunderbaren Vereins sah ich vor allem die Chance, mit so einem Projekt unsere Mitglieder und die vielen Engagierten in der Stadt zu aktivieren. Das Schöne an dem heute zu einem ersten Abschluss gekommenen Projekt war und ist, dass diese drei Ansätze sich tatsächlich konstruktiv ergänzt haben. Und deshalb können sich die Ergebnisse wirklich sehen lassen.

Mit der Ausstellung haben wir in vielerlei Hinsicht Neuland betreten: Neuland ist beispielsweise, eine Initiative in so vielen unterschiedlichen Formen und Formaten abzubilden und auszuspielen. Wir können ja nicht „nur“ mit einer vom Zoff Kollektiv – unser großartigen Gestaltungsagentur, der wir gar nicht genug danken können – wunderbar ausgearbeiteten und gestalteten Online-Ausstellung, sondern auch

Gedenkkacheln an der Holsteinischen Straße 2

Plakat in der U-Bahnstation Kurfürstendamm

Litfaßsäule in der Almstadtstraße

Plakatwand in der Zehdenicker Straße

mit Stadtplänen und Großplakaten, U-Bahnpostern, Kreidemarkierungen, Gedenkkacheln, Lichtinstallationen, Führungen und Begleitveranstaltungen, plus im kommenden Jahr dann auch noch mit einem thematischen Sammelband aufwarten. Ganz bewusst haben wir dabei die sich bietenden Chancen der Digitalisierung genutzt. Wir sind noch weit entfernt vom Aktiven Museum 2.0, aber haben einen beachtlichen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Ungewöhnlich und höchst erfreulich ist auch, dass „Zwangsräume" das bislang größte partizipative Projekt des Aktiven Museums war. Dutzende Aktive haben sich hieran

beteiligt – und viele von ihnen haben das erste Mal mit dem Aktiven Museum zusammengearbeitet. Lasst uns daran arbeiten, dass es nicht das letzte Mal war! Hinzu kommt, dass wir die Kooperation mit vielen Institutionen und Initiativen innerhalb und außerhalb der Stadt intensivieren konnten – ich möchte hier nur die besonders fruchtbare Kooperation mit dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv erwähnen, ohne die wir längst nicht so schnell vorangekommen wären.

Thematisch ist es uns gelungen, eine Übersicht über die Häuser in Berlin, in denen sich Zwangswohnungen befunden haben, zu erarbeiten, sowie eine präzise Forschungsfrage samt einer Definition des eigentlichen Untersuchungsgegenstandes zu entwickeln. In intensiven Diskussionen im Kreis der Steuerungsgruppe und in der Arbeitsgruppe mit den vielen Engagierten haben wir uns von dem ebenso unscharfen wie, in ähnlicher Weise wie „Judenfrage", auch rassistisch unterlegten Begriff des „Judenhauses" verabschieden können und diesen durch den wesentlich klareren Begriff der „Zwangsräume" ersetzt. Schauen wir, ob das eine in Forschung und Öffentlichkeit nützliche und künftig aufgegriffene Präzisierung sein wird.

Dies alles wäre ohne das tolle Engagement Vieler gar nicht möglich gewesen. Ich danke ALLEN, die uns geholfen haben, die mitgemacht, mitgeschrieben, mitgeforscht und mitgestritten haben! Dank an die Geschäftsstelle und die Mitglieder der Steuerungsgruppe, dass ihr angesichts des in den zurückliegenden Monaten stetig wachsenden Aufgabenberges die Nerven behalten habt! Mein besonderer Dank gilt der Alfred Landecker Foundation, die uns sehr vertrauensvoll, wohlwollend und großzügig unterstützt und damit wirklich auch im wahrsten Sinne des Wortes gefördert hat!

Christoph Kreutzmüller

Podiumsgespräch mit Mitgliedern der Projektarbeitsgruppe

Karoline Georg (Moderation): „Was waren die wichtigsten Forschungsergebnisse, die das Projekt in den letzten drei Jahren ermittelt hat?"

Johanna Kühne

„Eine sehr wichtige Erkenntnis ist, dass wir in Berlin Zwangswohnungen hatten und keine -häuser. Wir haben mehr über die Praxis der Einweisungen in diese Wohnungen herausgefunden, also welche Akteure daran beteiligt waren und wie dieser Prozess eigentlich funktionierte. Wir nähern uns auch immer mehr der Anzahl der Wohnungen und Häuser in Berlin an, und wir konnten herausfinden, dass ungefähr die Hälfte der jüdischen Bevölkerung Berlins vor ihrer Deportation umziehen musste in eine Zwangswohnung. Und was wir natürlich auch herausgefunden haben für einzelne Häuser: ganz viele Geschichten und ganz viele Fakten über die vor allem jüdischen Bewohner:innen dieser Häuser, ganz viel, das bisher noch nicht bekannt war zu den einzelnen Häusern, vor allem zu den 32 Adressen, die in der Ausstellung vorkommen. […]

Wir haben in der Ausstellung eine Karte mit 791 potenziellen Häusern mit Zwangswohnungen. Das sind alle Häuser, in die nach 1939 mindestens fünf jüdische Personen einziehen mussten. Wenn man

Podiumsgespräch im Roten Salon der Volksbühne: Gundula Meiering, Akim Jah, Karoline Georg, Johanna Kühne (v.l.n.r.)

Sprühkreidemarkierung in der Alten Schönhauser Straße

sich insgesamt alles anschaut, dann kommt man in Berlin auf fast 4.000 Adressen, in denen es potenziell Zwangswohnungen und Zwangsumzüge gegeben hat. Allerdings betreffen diese Umzüge dann in vielen Fällen nur ein oder zwei Personen. Insgesamt kann man sagen, dass sich die Häuser im ganzen Berliner Stadtgebiet befunden haben. Allerdings gibt es schon ein eher verstärktes Phänomen in der Stadtmitte, also in den Bezirken, die schon vorher von jüdischem Leben geprägt waren.

In der Regel war es in Berlin so, dass es eine Mischung gab aus jüdischen und nichtjüdischen Bewohner:innen. Tatsächlich gibt es ein paar wenige Ausnahmen, die wir auch gefunden haben. Das waren dann aber meistens nicht so große Mietshäuser, sondern eher kleinere Häuser, in denen auch schon vor 1939 nur jüdische Personen gewohnt haben. [...]

Es gab eigentlich drei Möglichkeiten, warum Jüdinnen:Juden in die Zwangswohnungen ziehen mussten: Die eine ist, dass die nichtjüdischen Vermieter:innen ab dem 30. April 1939 die Möglichkeit hatten, ihren jüdischen Mieter:innen einfach zu kündigen, ohne weitere Angabe von Gründen.

Die zweite Möglichkeit war, dass private, aber natürlich auch verfolgungsbedingte Gründe eine Rolle gespielt haben. Also zum Beispiel, dass man sich durch den Verlust der Arbeitsstelle eine Wohnung nicht mehr leisten konnte. Oder auch, dass Menschen von außerhalb Berlins aus kleineren Orten nach Berlin gezogen sind. Auch noch nach 1939, weil sie dachten, dass sie hier geschützter sind, weil sie hier eine größere jüdische Community haben.

Die dritte Möglichkeit war, dass der Generalbauinspektor (GBI) von Berlin – das war Albert Speer, aber auch seine Behörde – ab Januar 1941 systematische Kündigungen und Räumungen im Kontext der ‚Germania'-Planungen durchgeführt hat. In der gesamten Zeit hat das über 5.000 Wohnungen von jüdischen Personen betroffen. [...]

Was wir sicher wissen, ist, dass eben der GBI eine ganz wichtige Rolle gespielt hat – das hat ja die Kollegin Susanne Willems schon vor einigen Jahren in ihrem Buch ‚Der entsiedelte Jude' sehr deutlich gezeigt. Der GBI hatte für Berlin bei allem, was den Wohnungsmarkt

Sprühkreidemarkierung mit Webadresse zwangsraeume.berlin

Plakat in der Wilhelmstraße

betraf, ein großes Mitspracherecht und eben auch ein großes Interesse an den jüdischen Wohnungen. Er erteilte deswegen auch immer die Genehmigung dafür, wer in welche Wohnung ziehen durfte. Allerdings gab es noch eine zweite wichtige Institution, das war die Wohnungsberatungsstelle der Jüdischen Gemeinde. Diese wurde 1939 gegründet. Die Jüdische Gemeinde Berlin hatte gehofft, damit in so einer Art Selbstverwaltung etwas gegen dieses antisemitische Wohngesetz tun zu können: ‚Dann entscheiden wenigstens wir, wer wo einziehen kann.' Allerdings war die Wohnungsberatungsstelle auch weisungsgebunden an den GBI und wurde von der Gestapo kontrolliert. Was dazu führte, dass die Stelle am Ende auch die Deportationen mit vorbereiten musste und gar nicht so einen großen Einfluss hatte wie erhofft. Aber die Einweisungsscheine in die Wohnungen sind von der Wohnungsberatungsstelle und vor allem von der Vorsitzenden Dr. Martha Mosse erteilt worden."

KG: „Das Projekt war ja ein partizipatorisches, bei dem jede und jeder Interessierte mitmachen konnte. Gundula, wie kam es dazu, dass Du dabei bist und dann zur Holsteinischen Straße 2 recherchiert hast?"

Gundula Meiering

„Vor Jahren hatte ich im Grundbuch gelesen, dass unser Haus jemandem gehört hatte, der 1950 einen Antrag auf Wiedergutmachung gestellt hatte. Ich hatte mir immer vorgenommen zu erforschen, auch von Mieterseite her, wer denn da eigentlich gewohnt hat. In Corona-Zeiten habe ich mich dann intensiver damit beschäftigt. Ich habe ganz niederschwellig so angefangen, dass ich bei Google die Namen eingegeben und geguckt habe, was kommt. Ich habe dann zu elf Leuten geforscht und einen Antrag gestellt, diese Stolpersteine bei uns verlegen zu lassen. Von der Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin wurde mir gesagt: „Vier davon dürfen Sie nicht verlegen, weil das anscheinend

Beleuchtete Litfaßsäule am Kurfürstendamm/Ecke Hektorstraße

ein ‚Judenhaus' gewesen ist. Die Leute haben dort zwangsweise gelebt, und für Menschen, die dort nicht freiwillig gelebt haben, dürfen keine Stolpersteine verlegt werden." Das fand ich total ungerecht, denn die Menschen, die da bei uns gewohnt haben, waren mir in der Zwischenzeit ans Herz gewachsen. Dass da einer sagte, ‚für die nicht' – das fand ich nicht so gut. Ich habe dann gesucht, was ich denn anderes machen könnte, ob ich eine Gedenktafel nehme oder wie auch immer. Dabei bin ich auf das Aktive Museum gestoßen und darauf, dass die eine Ausstellung planen – das war natürlich optimal! Ich habe gefragt, ob ich das Haus vorstellen kann und es an dieser Ausstellung teilnehmen könnte, und es durfte. Da war ich natürlich sehr glücklich – das war der Weg. [...]

Ich hatte vor Jahren von dem ehemaligen Hauswart ein Mietermeldebuch von 1938 bekommen. 1938 kam ein neues Reichsmeldegesetz, dass sich auch die Untermieter, wenn sie einzogen, beim Hauswart melden müssen. So hatte man die Kontrolle darüber, wer als Hauptmieter dort wohnte. Deshalb war es ja auch so schwer unterzutauchen, weil alles eben gemeldet werden musste. Durch dieses Mietermeldebuch war ganz penibel jeder Ein- und Auszug verzeichnet. Dadurch war ich sicher, wer da gewohnt hat und konnte dann nach den Namen forschen, unter anderen bei Mapping the Lives, My Heritage und Ancestry, auch in den Arolsen Archives. Als ich Mitglied der Arbeitsgruppe des Aktiven Museums war, wurde uns ein sehr interessanter Besuch des Brandenburgischen Landeshauptarchivs angeboten. Hier konnte ich die Vermögenserklärungen einsehen. Auf der Internetseite des Berliner Landesarchivs konnte ich nachschauen, ob es Wiedergutmachungsakten von ehemaligen Mietern bzw. deren Angehörigen gab und diese dann bestellen. Und dann gibt es noch das Entschädigungsamt am Fehrbelliner Platz. Das ist wirklich beeindruckend, was die noch für Originalquellen da

Beamerprojektion in der Jablonskistraße

haben: Ausweise, Fotos. Da habe ich sehr viel gefunden von Überlebenden und Angehörigen, die einen Antrag auf Entschädigung gestellt haben."

KG: „Welche Erkenntnisse aus den 32 Hausgeschichten der Ausstellung lassen sich verallgemeinern?"

Akim Jah

„Es gibt bestimmte Strukturelemente, die wir eigentlich in allen Häusern sehen: Es gab viele Untermieter:innen, in der Regel waren alle Zimmer einer Wohnung belegt und zwar durch Familien oder Einzelpersonen. Was wir nicht haben oder nachweisen konnten, ist, dass mehrere Familien oder fremde Leute in einem Zimmer wohnen mussten. Dann haben wir die Tatsache, dass die Einzüge zunahmen ab 1939, teilweise auch schon davor, und die Situation in den Wohnungen immer enger wurde. Und wir haben die Situation, dass sich oft die Leute in einer Wohnung nicht kannten – wir haben aber auch aus unterschiedlichen Häusern Quellen und wir können nachweisen, dass teilweise auch die Untermieter:innen zur Familie gehört haben oder Bekannte waren. Das heißt, die Hauptmieter:innen haben sich aktiv darum bemüht, selber Untermieter:innen zu bekommen. Natürlich aus ökonomischem Druck und vor dem Hintergrund der Verfolgungssituation – man muss es also differenziert in den Häusern sehen. [...]

Nichtjüdische Nachbar:innen wohnten Tür an Tür mit den Zwangswohnungen. Das heißt, sie haben mitbekommen, dass in den Nachbarwohnungen plötzlich viel mehr Leute wohnten und, dass es Deportationen gab. Man muss sich das nicht so vorstellen, dass im Regelfall eine Wohnung komplett geräumt wurde, sondern einzelne Personen oder Familien wurden abgeholt. Es kamen zum Teil auch wieder neue Haupt- und Untermieter:innen in die Wohnungen. Die Gestapo war

ständig im Haus. Wir haben Häuser, wo es über 50 oder sogar 60 Deportationen gab, hauptsächlich zwischen 1941 und 1943. Insofern ist es schwer vorstellbar, dass die Nachbarschaft nichts mitbekommen hat. [...]

Es war ja auch so, dass die Jüdinnen:Juden Zwangsarbeit leisten mussten. Sie waren sichtbar im Treppenhaus, man begegnete sich. Später war an den betroffenen Wohnungen auch ein weißer Stern angebracht. Bei einigen Häusern ließ sich belegen, dass die Schlüssel der versiegelten Wohnungen bei den nichtjüdischen Portiersfrauen bzw. Hauswarten abgegeben wurden. Mehr noch: Als die Finanzbehörden kamen, um das zurückgelassene Gut zu schätzen und dann einzuziehen, waren diese Hausmeister zugegen und haben mit den Beamten diskutiert à la ‚ja, das ist hier ein besonders wertvoller Teppich'. Wir haben hier nicht nur eine Mitwisserschaft, sondern auch eine Beteiligung. [...]

Die geräumten und versiegelten Wohnungen wurden dann dem Wohnungsmarkt zugeführt. Die Stadt Berlin hatte die Verfügungsgewalt, oder aber der GBI. Interessanterweise mussten wir feststellen, dass die Wohnungen oft monatelang leer blieben, weil die Behörden nicht damit hinterher kamen, das Eigentum zu verwerten. Was dann wieder zu Unmut bei den nichtjüdischen Vermieter:innen führte, weil sie plötzlich Mietausfälle hatten. Wir sprechen in dieser Situation ja über Zwangsräume, für die trotzdem Miete gezahlt wurde. Das Mietrecht galt ja mit Einschränkungen weiter, das heißt, die Menschen haben Miete gezahlt. Und wenn sie deportiert wurden, konnten sie keine Miete mehr bezahlen. Was machten die Hauseigentümer:innen? Sie gingen zum Finanzamt bzw. zum Oberfinanzpräsidenten, zur sogenannten Vermögensverwertungsstelle, und sagten: ‚Hier in meinem Haus sind Judenwohnungen geräumt, ich bitte mir die Miete zu erstatten.' Wenn das

Plakat in der Reinickendorfer Straße

dann nicht passierte, schrieb man nochmal und nochmal hin, und irgendwann wurde dann die Miete erstattet – aus dem Vermögen der Deportierten. Es gab ein paar wenige Zwangswohnungen, die tatsächlich bis 1945 existierten. Das betrifft vor allen Dingen Wohnungen, wo Familien in sogenannter Mischehe lebten. Aber in der Regel waren Ende 1942, 1943 die meisten Wohnungen geräumt, also zu dem Zeitpunkt, als die Gestapo anfing, die jüdischen Zwangsarbeiter:innen zu deportieren."

Johanna Kühne ist Historikerin und forscht seit 2020 zu „Zwangsräumen"; 2022/2023 war sie zusammen mit Bethan Griffiths als Wissenschaftliche Mitarbeiterin für das Projekt tätig.

Gundula Meiering ist pensionierte Lehrerin und Mitglied der AG „Zwangsräume". Sie lebt in der Holsteinischen Straße 2.

Dr. Akim Jah ist Leiter der Abteilung Forschung Dokumentation in der Gedenkstätte Bergen-Belsen und Mitglied in der Steuerungsgruppe des Projekts.

Transkription: Astrid Homann, Mitglied in der Steuerungsgruppe des Projekts und Koordinatorin der Webseite zwangsraeume.berlin

„ICH BIN HIER SO FREMD WIE AM ERSTEN TAG…"

Die letzten Jahre der Dichterin Gertrud Kolmar in einer Zwangswohnung in der Speyerer Straße 10 (heute Münchener Straße 18a)

Vom 13. auf den 14. Mai 1939 schreibt die Dichterin Gertrud Kolmar in einem Brief an ihre damals bereits in die Schweiz emigrierte jüngere Schwester Hilde Wenzel einige Zeilen über das Bayerische Viertel in Berlin Schöneberg. Zu diesem Zeitpunkt wohnt sie dort bereits unfreiwillig seit über fünf Monaten. Nun erklärt sie der Schwester, dass sie sich ja durchaus bemühe, ihrer „hiesigen, landschaftlichen' oder vielmehr ‚unlandschaftlichen' Umgebung Teilnahme zu erweisen", ihr dies jedoch nicht gelingen wolle: „Nun werden wir bald ein halbes Jahr hier sein, und ich bringe es einfach nicht fertig, zu dieser Gegend in ein Verhältnis – ein erträgliches oder unerträgliches – zu kommen; ich bin hier so fremd wie am ersten Tag."[1]

Ein Entfremdungsgefühl hatte die Dichterin angesichts ihrer ohnmächtig ausgelieferten Zwangslage ergriffen, das sich nicht auflösen ließ. Nicht zuletzt wird mit dazu beigetragen haben, dass sie und ihr Vater Ludwig Chodziesner das geliebte Familiengrundstück in Finkenkrug weit draußen am Rande Berlins nach der Reichspogromnacht im November 1938 hatten zwangsversteigern müssen, um sich danach genötigt zu sehen, in die Speyerer Straße 10 umzuziehen.

Hier sollten Gertrud Kolmar und ihr damals 77-jähriger Vater Ludwig Chodziesner ihre letzten vier Lebensjahre verbringen. Im September 1942 wurde dann zuerst Ludwig Chodziesner nach Theresienstadt verschickt, wo er am 13. Februar 1943 starb. Nur wenig später wurde seine Tochter Gertrud am 2. März 1943 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

Zwischen diesen tödlichen Enddaten und dem Geburtsdatum der Dichterin am 10. Dezember 1894

Das Haus in der Speyerer Straße 10

liegt eine ganze Epoche deutsch-jüdischer Geschichte mit ihren Höhen und Krisen und schließlich ihrer endgültigen Zerstörung durch die Nationalsozialisten. Die Dichterin, die sich mit Künstlernamen Kolmar nannte, wuchs als Gertrud Chodziesner mit ihren drei jüngeren Geschwistern in einer gutbürgerlichen, assimilierten jüdischen Familie in Berlin-Westend auf. Es war ein Milieu, das ihr Cousin Walter Benjamin – die beiden Mütter waren Schwestern – einmal mit den Worten beschrieben hatte: „In meiner Kindheit war ich ein Gefangener des alten und neuen Westens. […] In dies Quartier Besitzender blieb ich geschlossen ohne um ein anderes zu wissen."[2]

Auch die junge Gertrud Chodziesner verbrachte eine wohlbehütete Kindheit und erfuhr eine vorzügliche Schulbildung. Anschließend absolvierte die außergewöhnlich sprachbegabte junge Frau ein Fremdsprachenseminar in Französisch und Englisch mit einem Abschluss, der es ihr ermöglicht hätte, beide Sprachen an Gymnasien zu unterrichten. Doch machte sie von dieser Möglichkeit nie Gebrauch, sondern arbeitete stattdessen als Erzieherin in Privathaushalten. Außerdem verhalfen ihr ihre ausgezeichneten Sprachenkenntnisse während des Ersten Weltkrieges vorrübergehend zu einer Stellung als Briefzensorin.

Während Gertrud in dieser Weise ein äußerlich eher unauffälliges Leben führte, war sie im Inneren dennoch so etwas wie eine heimliche Rebellin, die sich oftmals aus dem geselligen Leben der Familie zurückzog, um sich eigenen Studien, darunter auch Sprachstudien, und vor allem ihrer dichterischen Tätigkeit zu widmen. In dieser eigenen inneren Welt konnte sie sich anders entfalten, war es ihr möglich, dem strengen Sittenkodex der wilhelminischen Ära, der besonders rigide für junge Mädchen galt, zu entkommen und sich in wildere, exotische, ganz andere Bereiche hineinzuträumen. Und auch in Liebesangelegenheiten folgte sie kaum dem der Zeit entsprechenden konventionellen Weg eines Mädchens aus gutem Hause: Als ungefähr Zwanzigjährige ließ sie sich auf eine leidenschaftliche Begegnung mit einem jungen preußischen Offizier ein, die für sie als Jüdin von Anfang an vom Scheitern bedroht gewesen war. Verlassen und zugleich schwanger sah sie sich von Seiten ihrer Familie schließlich zur Abtreibung genötigt. Diesen Verlust, nicht nur des Geliebten, sondern vor allem auch des Kindes, wird sie zeitlebens nie verwinden, ja es wird letztlich ein Thema bleiben, das sich immer wieder durch ihre Gedichte zieht: „Denn wo ich auch sitze: Immer geh' ich zu meinem Kind", heißt es noch Anfang der Dreißigerjahre in ihrem Gedicht „Die Irre".

Bis zum Jahr 1920 wird Gertrud bereits mehrere frühe Gedichtzyklen verfassen. Einige davon werden mit Unterstützung des Vaters im Jahre 1917 in einem Band mit dem Titel „Gedichte" erstmalig unter ihrem zukünftigen Dichternamen Gertrud Kolmar veröffentlicht. Ein Name, den sie fortan für ihr Werk übernimmt, bis es ihr 1935 als Jüdin von den Nazis verboten wird, ein Pseudonym zu tragen. Zu Beginn der Zwanzigerjahre wird die Dichterin dann für fast sieben Jahre verstummen. Erst Ende 1927, nach einer

Gertrud Chodziesner 1928

zweimonatigen Frankreichreise, wird sie nicht nur ins damalige Familiendomizil nach Finkenkrug zurückkehren, sondern endlich auch wieder zurück zur Dichtung finden. Ab diesem Zeitpunkt beginnt ihre zweite große Schaffensphase. So wird sie allein bis 1933 fünf große

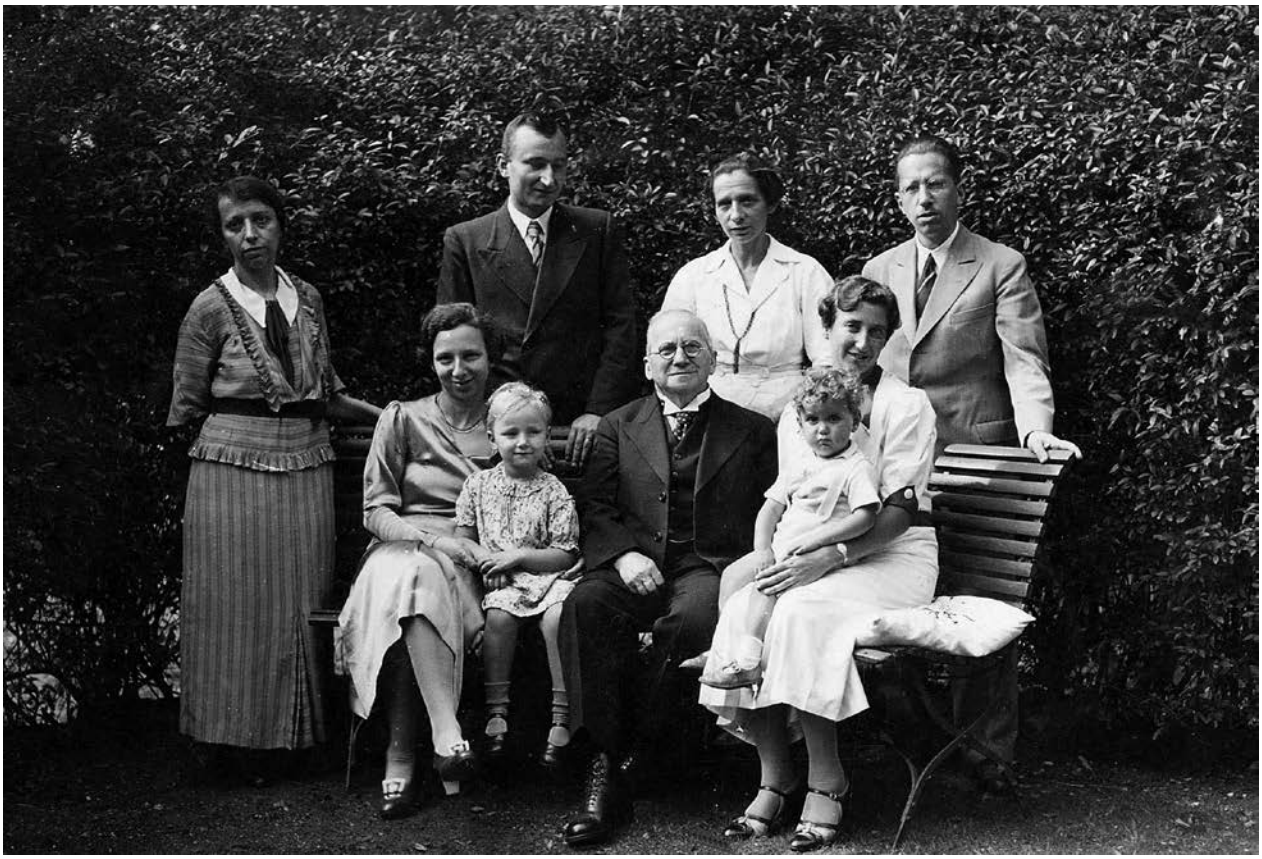
Das Haus in Finkenkrug

Gedichtzyklen sowie die Prosaerzählung „Die jüdische Mutter" fertigstellen. Danach folgen bis 1937 noch weitere vier Zyklen sowie drei Prosawerke, wobei das letzte im Krieg verlorenging. Bereits in „Die jüdische Mutter" setzt sich Kolmar nicht nur mit dem tragischen Schicksal einer alleinerziehenden jüdischen Mutter um 1930 auseinander, sondern stellt zugleich eine zwischenmenschlich schwer gestörte Welt von oft roher, ja sexualisierter Gewalt dar, in einem durch die entfesselten Kräfte der Moderne zwischen Zerfall und Fortschritt zerrissenen Berlin am Ende der 1920er-Jahre. Schon in dieser Erzählung wird so gleichsam ein Zivilisationsbruch sichtbar, der nur allzu bald tragische Realität für das deutsche Judentum wurde und dem auch die Autorin selbst zum Opfer fallen sollte.

Mit der Machtübergabe an die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 wurde die vernichtende antisemitische Gewalt nicht nur täglich spürbarer, sondern es gab auch kein Entkommen mehr, es sei denn, man versuchte Deutschland zu verlassen. Fast alle Familienangehörigen der Chodziesners wählten diesen Weg der Emigration, bis auf Gertrud selbst und ihren Vater Ludwig, der einst ein hochangesehener Berliner Anwalt gewesen war und es für allzu lange Zeit einfach nicht hatte glauben wollen, was aus dem von ihm ehemals so verehrten Deutschland geworden war. Seine Frau Elise, Kolmars Mutter, war bereits 1930 verstorben.

Nach der Reichspogromnacht am 9. November 1938 mit allem, was daraus folgte, gab es für ältere Menschen wie Ludwig Chodziesner angesichts der seit Jahren ansteigenden jüdischen Flüchtlingsströme schließlich so gut wie keine Möglichkeiten mehr, noch irgendwo außerhalb Deutschlands aufgenommen zu werden. Für Kolmar selbst aber kam eine Lösung ohne den Vater nicht in Betracht, es wäre für sie gänzlich undenkbar gewesen, ihn in einer solchen Lage allein zu lassen.

Wohl wissend, was das für sie bedeuten würde, blieb sie dennoch bei ihm und zog mit ihm gemeinsam im Januar 1939 in die Speyerer Straße 10. Damit begann eine Situation zunehmender Entbehrungen in einem



Familienfoto von 1937, von links nach rechts stehend: Gertrud Kolmar, Peter Wenzel, Margot Chodziesner, Georg Chodziesner, sitzend: Hilde Wenzel mit Tochter Sabine Wenzel, Ludwig Chodziesner, Thea Chodziesner mit Sohn Wolfgang

stetig belastender und bedrohlicher werdenden Alltag. Fürs erste galt es, mit all den anderen in der Folgezeit eingewiesenen Mieterinnen und Mietern, die man sich ja nicht ausgesucht hatte, zurecht zu kommen. So schreibt Kolmar in einem Brief an die Schwester im März 1939 von ihren Schwierigkeiten mit einer „Hausgenossin", deren unablässigem Redestrom sie sich immer wieder ungewollt ausgesetzt sah.[3] Sie wolle es künftig mit Humor versuchen, erklärt sie weiterhin, und verfasst dazu sogar eine kurze Satire mit dem Titel: „Möblierte Dame (mit Küchenbenutzung) gegen Haushaltshilfe". Trotz ihrer schwierigen Lage bleibt Gertrud Kolmar auch weiterhin dichterisch kreativ und beginnt schon bald mit dem Schreiben der Novelle „Susanna", die sie im Februar 1940 nach nur gut zwei Monaten fertigstellt. Kein leichtes Unterfangen, wie sie ebenfalls der Schwester mitteilt. Denn angesichts der beengten Wohnverhältnisse, der Unruhe und Nervosität der anderen Bewohnerinnen und Bewohner, sei es ihr inzwischen nur noch möglich des nachts, wenn alle anderen schlafen, daran weiterzuschreiben. Oft habe sie danach Kopfschmerzen, fühle sie sich elend und erschöpft, fügt sie noch an.[4] Einige Monate später dann wird sie davon berichten, dass sie an einem Intensivkurs für Hebräisch bei einer Lehrerin in der Nachbarschaft teilnehme und mittlerweile bereits mit dieser Sprache so weit vorangekommen sei, dass sie versuche, erste Gedichte auf Hebräisch zu entwerfen.[5]

Im Laufe der Jahre verengt sich der eigene Lebensraum mehr und mehr, immer wieder kommen neue Mieter und Mieterinnen hinzu und benötigen Platz. Im Sommer 1941 wird Gertrud Kolmar schließlich zur Zwangsarbeit in einem Berliner Rüstungsbetrieb eingezogen. Bald darauf setzen im Oktober 1941 die ersten Deportationen ein. Eine ständige Todesdrohung liegt

nun über Vater und Tochter. Zudem quillt die Wohnung über vor Menschen, die sich alle in einer ähnlichen Notlage befinden. Selbst das eigene Zimmer muss Kolmar inzwischen, nur durch einen Vorhang abgetrennt, mit ihrem Vater teilen. Die Enge und Bedrängnis sind so groß, dass sie es schließlich sogar vorzieht, zur Arbeit zu gehen. Sobald sie die Fabrikhöfe morgens betrete, so erzählt sie der Schwester, gehe ihr jetzt häufiger der Satz durch den Kopf „Wieder einmal zuhause", und sie fährt fort: „Mehr zuhause als in der Speyererstraße 10. Denn da hausen meine Mieter: fremde Menschen, die meine Sachen in Besitz genommen haben, meine, unsere Sachen und mir gehört nichts mehr."[6]

Und dennoch gelingt es ihr auch jetzt noch, wenn auch meist mit vielen Unterbrechungen, die für sie so lebensnotwendige Korrespondenz mit ihrer Schwester aufrechtzuerhalten. Ihren letzten Brief an Hilde schreibt sie am 20. Februar 1943, nur eine Woche vor ihrer Deportation. Ein Brief, der auch deshalb bemerkenswert ist, weil er trotz allem noch immer auch von den Freuden des Lebens spricht: „Ganz ohne Freuden bin ich freilich nicht. Die eine ist mein Morgenspaziergang. Jetzt geht schon die Sonne auf, wenn ich losziehe."[7]

Wenige Tage später wird Gertrud Kolmar am 27. Februar 1943 im Zuge der „Fabrikaktion" verhaftet. Auf der Liste für den 32. Deportationszug, der bald danach am 2. März 1943 von Berlin-Moabit aus nach Auschwitz abgeht, findet sich als letztes Zeichen unter der Nummer 179 der Name Gertrud Sara Chodziesner eingetragen.

Zehn Tage darauf, am 12. März 1943, macht der ebenfalls in Berlin gebliebene Peter Wenzel, Hildes nichtjüdischer Ehemann, der Gertrud und Ludwig Chodziesner in regelmäßigen Abständen bis zuletzt besucht hatte, seiner Frau in Zürich die angesichts der stets präsenten Zensur bewusst vage gehaltene Mitteilung: „[...] jetzt will ich Dir einmal schreiben, denn andere Grüße aus Berlin wirst Du für's erste leider nicht bekommen. Ich weiss nicht, ob Trude [Kolmars Rufname innerhalb ihrer Familie] Dir noch vor ihrer Abreise schreiben konnte; als ich jetzt einige Tage nach dem Luftangriff zu ihrer Wohnung ging, fand ich diese nicht so vor wie sonst in den letzten Monaten und wie ich sie vorzufinden hoffte. Obgleich man schließlich mit einem solchen Ereignis rechnen musste [...]."[8]

Es bleibt die Erinnerung an eine beeindruckende Frau, die sich bis zuletzt den aufrechten Gang bewahrte und an eine großartige Dichterin, deren Werk immer wieder neu zu entdecken ist.

Friederike Heimann

Dr. Friederike Heimann lebt als freie Autorin und Literaturwissenschaftlerin in Hamburg. 2023 erschien im Suhrkamp Verlag ihre Biografie „In der Feuerkette der Epoche. Über Gertrud Kolmar".

1) Gertrud Kolmar: Briefe, hrsg. von Johanna Woltmann, Göttingen 2014, S. 38

2) Walter Benjamin, Berliner Kindheit um Neunzehnhundert, in: Gesammelte Schriften IV 1, Frankfurt am Main 1991, S. 287

3) Briefe, S. 35

4) Briefe, S. 60f.

5) Briefe, S. 80

6) Briefe, S. 189

7) Briefe, S. 205

8) Nachlass Kolmar im Deutschen Literaturarchiv Marbach

EIN HISTORISCHES STRASSENFEST IN DER GARTENSTADT NEU-TEMPELHOF ANLÄSSLICH DER TAGE DES EXILS IN BERLIN IM SEPTEMBER 2023

Plakat für das Straßenfest in der Paradestraße

Die Gartenstadt Neu-Tempelhof ist ein ruhiger und begrünter Ort am westlichen Rand des Tempelhofer Feldes in Berlin. Der Kern des Viertels besteht aus Einfamilienhäusern, zwei Schulen und zwei Kirchen, einem Tennisplatz, sowie vielen öffentlichen, gut gepflegten Grünflächen. Zudem verfügt die Gartenstadt über eine gute Anbindung an das ÖPNV-Netz. Umrandet wird dieser Kern von Wohnblöcken, deren Fassaden von ihrer Entstehung in unterschiedlichen Jahrzehnten erzählen. Beim Betreten der Gartenstadt von Westen aus entlang der Paradestraße wechselt das Straßenbild schnell vom stilprägenden Flughafengebäude zu einer ländlichen Örtlichkeit. Zunächst finden sich charakteristische Einfamilienhäuser mit Vorgärten, bis verputzte Torbögen der Hausnummern 12 und 15 auftauchen, die sich auf der gegenüberliegenden Straßenseite spiegeln. Spätestens jetzt hebt sich dieser Teil deutlich vom Rest des Bezirks Tempelhof-Schöneberg ab. In diesen Torhäusern befanden sich in den 1930er-Jahren ein Kolonialwarenladen und eine Schächterei, die für die Waren des täglichen Bedarfs der ehemaligen Bewohner*innen sorgten. Heute sind die großen Fenster der Ladenfronten zugemauert, die Häuser werden ausschließlich zum Wohnen genutzt. Hier sind die Geräusche des vielbefahrenen Tempelhofer Damms kaum noch zu hören. Man befindet sich in einem völlig anderen Berlin. Einem entschleunigten Berlin. Ein Großteil der Menschen, die sich heute durch das Viertel bewegen, werden vermutlich an Themen wie Nachbar*innenschaft, Abgrenzung, Immobilienpreise, Nähe, Ruhe und die regelmäßigen Bemühungen zur privaten Grünflächenpflege denken. Nur die wenigsten assoziieren dieses kleine Idyll auf den ersten Blick mit Exil, Flucht, Brüchen und Vertreibung.

Um ebendiese Verbindung sichtbar und erfahrbar zu gestalten, bildete sich eine Arbeitsgruppe des Aktiven Museums auf Initiative des Mitglieds Stella Flatten. Bestehend aus Interessierten, Mitgliedern, der Geschäftsstelle sowie der Koordinierungsstelle Historische Stadtmarkierungen und Teilen des Vorstands, brachte die AG verschiedene Perspektiven in die Konzeptionierung ein. Es arbeiteten Künstler*innen, Historiker*innen und nicht-akademisch ausgebildete historisch Interessierte zusammen, um sich gemeinsam der Herausforderung einer Annäherung an den Themenkomplex Exil zu stellen. Das Ergebnis bildete ein zweitägiges historisches Straßenfest am 9. und 10. September 2023 in der Gartenstadt Neu-Tempelhof. Die Veranstaltung war Teil der „Tage des Exils“, welche dieses Jahr erstmalig in Berlin ausgerichtet und in Kooperation zwischen der Weichmann-Stiftung, der Körber-Stiftung und der Stiftung Exilmuseum Berlin veranstaltet wurden. Als Veranstaltungsort bot sich der Adolf-Scheidt-Platz an, ein halbkreisförmiger, begrünter Platz inmitten der Siedlung. Dieser wurde eigens angelegt, um das architektonische, aber auch

Berliner Gedenktafel aus Porzellan für Gertrud Rothgießer

soziale Zentrum der Gartenstadtgemeinde zu bilden. Knapp 100 Jahre später sollte genau an diesem Ort durch das Straßenfest vor allem der Gedanke des Austausches, des Miteinanders wieder aufgegriffen und im Rahmen der Historie des Ortes kontextualisiert werden. Im Fokus standen die Menschen, die seit dem Ausbau der Gartenstadt in den 1920er-Jahren die Nachbar*innenschaft mit Leben füllten und nur kurze Zeit später aufgrund der Machtübertragung an die Nationalsozialisten 1933 ihr Zuhause verlassen und ins Exil gehen mussten. Durch informative, künstlerische, wissenschaftliche und partizipative Beiträge wurden die Exilgeschichten an die Besuchenden herangetragen und gleichzeitig am konkreten Ort und den ehemaligen Wohnhäusern daran erinnert. Den inoffiziellen Auftakt machte am 8. September eine Gedenktafel-Enthüllung in der Paradestraße 35. Dort lebte Gertrud Rothgießer, eine sozialistische Kinderärztin, bis zu ihrer Flucht im Jahr 1933. Dass Exil nicht gleichbedeutend mit Rettung ist, zeigt ihr Leben. Trotz der gelungenen Flucht wurde sie 1941 im Ghetto Theresienstadt interniert und 1944 im Konzentrationslager Auschwitz ermordet. Die Lebensgeschichte von Gertrud Rothgießer trug die heutige Hausbewohnerin Stella Flatten mit Hilfe einer Vielzahl an Unterstützer*innen mittels mühsamer Recherchearbeiten ans Licht. An der Fassade des Hauses erinnert nun dauerhaft eine Berliner Gedenktafel aus Porzellan an die Kinderärztin. Ein besonderer Aspekt der festlichen Enthüllung war, dass unter den etwa 90 Personen vor Ort auch rund 30 Angehörige aller Generationen der Familie waren, die extra aus Kalifornien und Chile anreisten und bei den Wortbeiträgen von Stella Flatten, dem Senator für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt Joe Chialo und der Großnichte Daniela Müller Rothgießer zuhörten und mitfühlten.

Um NS-Exilgeschichte einem breiten Personenkreis auf möglichst viele Arten zugänglich zu machen, wählte die AG einen interdisziplinären Ansatz. Der Adolf-Scheidt-Platz wurde räumlich von künstlerischen Projekten umrandet und durchquert, die größtenteils biographische Bezüge zu den einstigen Bewohnenden der Gartenstadt Neu-Tempelhof – genauer: der unmittelbaren Nähe des Platzes – herstellten und somit nahezu vergessenes Leben für eine kurze Zeit in ihrem ehemaligen „Zuhause“ sicht- und hörbar machten. An Gertrud Rothgießer wurde so beispielsweise nicht nur durch die Gedenktafel erinnert, sondern auch mittels der Stoffinstallation „Dirty Laundry/Schmutzige Wäsche“ von Stella Flatten. Hierzu wurden Portraits und Fotos aus ihrem Leben auf Baumwolle gedruckt und wie Wäsche zum Trocknen zwischen die Häuser Paradestraße 35 und 40 quer über die Straße an einer gespannten Leine aufgehängt. Eine zweite Installation spannte sich vom Storchenbrunnen am Adolf-Scheidt-Platz zum ältesten dort stehenden Baum. Sie zeigte ebenso private Momente aus dem

Installation „Dirty Laundry/Schmutzige Wäsche“ von Stella Flatten mit Blick Richtung Adolf-Scheidt-Platz und den Storchenbrunnen

Teilnehmende des Straßenfests auf dem begrünten Adolf-Scheidt-Platz. Im Hintergrund ist der zweite Teil der Installation „Dirty Laundry/Schmutzige Wäsche" von Stella Flatten zu sehen.

Screening der Filme „The View from Our House" (2013) und „Four Parts of a Folding Screen" (2018) von Anthea Kennedy und Ian Wiblin in einer Garage

Leben der Kinderärztin vor 1933 sowie Fotos weiterer ehemaliger Bewohner*innen der Siedlung. Dadurch bekamen die Betrachtenden nicht nur einen Einblick in ein unbekanntes Privatleben, sondern auch in die Gründungszeiten der Gartenstadt und der ehemaligen, vergessenen Nachbar*innenschaft.

Wer sich langsam von der Paradestraße zum Adolf-Scheidt-Platz bewegte, wurde Teil einer naturkundlichen Soundkulisse. Abwechselnd waren unterschiedliche Vogelstimmen aus dem Werk „Gefiederte Meistersinger/Feathered Mastersingers" zu hören, die der Ornithologe und Tierstimmenforscher Ludwig Koch in Deutschland und während seines Exils in England aufnahm. Die wirkungsvolle Soundinstallation „Vögel/Birds", die trotz und wegen ihrer technischen Bestandteile selbst Teil der natürlichen Umgebung wurde, ist eine Arbeit der Künstlerin Sonya Schönberger. Kochs Leben wurde jedoch nicht nur an dieser Stelle thematisiert. Direkten Bezug zum einstigen Berliner Zuhause des Forschers stellten die filmischen Arbeiten von Anthea Kennedy und Ian Wiblin her, die dazu extra aus London anreisten. Die beiden kunstvoll aufgearbeiteten Dokumentarfilme „Four Parts of a Folding Screen" (2018) und „The View from Our House" (2013) wurden gegenüber dem Adolf-Scheidt-Platz in einer von Nachbar*innen bereitgestellten Garage gezeigt. Als Enkelin Kochs war dies für Anthea Kennedy gleichzeitig eine Auseinandersetzung mit ihrer eigenen Biografie.

Eine andere Erzählung über Exil, Flucht und Familie fand im Vorgarten des Adolf-Scheidt-Platz 8 statt. Dieses Haus war bis 1933 das Zuhause der Familie Rosenfeld, die in Hoffnung auf ein friedvolleres Leben zunächst nach Bayern zog. 1938 entschloss sich die Familie aufgrund der zunehmenden antisemitischen Anfeindungen und bedrohlichen Verfolgung zur Flucht. Siegfried Rosenfeld konnte mit den beiden gemeinsamen Kindern rechtzeitig nach England ausreisen. Else Behrend-Rosenfeld erhielt keine Ausreiseerlaubnis mehr. Sie ging 1942 in den Untergrund. Ihre erste Station war das Haus ihrer Schwester in der Manfred-von-Richthofen-Straße 120 in Neu-Tempelhof. In einer sich mehrmals wiederholenden Lesung sollten Briefe und Tagebucheinträge des Ehepaars aus ihrem getrennten Exil vorgetragen werden. Aufgrund eines krankheitsbedingen Ausfalls musste dieser Punkt leider weitestgehend gestrichen werden. Dank des gut funktionierenden Orga-Teams und des spontanen Einsatzes von Sonya Schönberger konnte die Lesung dann doch einmal stattfinden. Zudem gaben Übersichtstafeln an den jeweiligen Orten kurze Auskünfte über die dahinter verborgenen Geschichten.

Am Abend des 9. Septembers endete die Veranstaltung mit einem Panel der Künstler*innen, bei dem sie mit dem Publikum ausgiebig über Hintergründe ihrer Projekte sprachen. Die künstlerischen Beiträge wurden von Führungen, Vorträgen, Diskussionen

und Gesprächen komplementiert. In meinem Vortrag gab es eine Einführung zur Gründungsgeschichte und sozialen Idee hinter der Gartenstadt. Dabei lag der Fokus auf den ersten Bewohnenden und den (un-) sichtbaren Verbindungen des Adolf-Scheidt-Platzes zu den Menschen, die aufgrund der nationalsozialistischen Verfolgung ins Exil gingen.

Für eine rege Diskussion unter den Besuchenden, die größtenteils gleichzeitig Anwohnende waren, sorgte das Thema Straßennamen. Die Gartenstadt Neu-Tempelhof hat den Beinamen „Fliegerviertel", was auf die dominante Verteilung der Straßennamen mit Bezügen zu Piloten des Ersten Weltkriegs zurückzuführen ist. Dieser Begriff „Fliegerviertel" wurde bedauerlicherweise für die Bewerbung des Straßenfestes nicht konsequent durch Anführungszeichen oder Kommentierung als Überrest der NS-Erinnerungskultur gekennzeichnet. Das Wort wird häufig unkritisch im Berliner Raum verwendet und sollte unserer Auffassung nach möglichst selten und wenn, dann durch Markierungen gekennzeichnet verwendet werden. Die Straßen hier tragen Namen wie die bereits erwähnte Manfred-von-Richthofen-Straße, Boelckestraße oder Werner-Voß-Damm. Hermann Göring selbst weihte in einem Festakt die Straßennamen im April 1936 zum „Tag der Luftwaffe" in Gedenken an die „Helden des Ersten Weltkriegs" ein. Aktives-Museum-Mitglied Torsten van Deel gab in seinem Vortrag einen detaillierten Einblick in die Biografien der Kriegspiloten, die deutsche Luftwaffen-

Installation „Ergänzung/Hommage an Lore" von Mara Grehl

*Die Filmemacherin Anthea Kennedy, Enkelin von Ludwig Koch, beim Gespräch mit den Künstler*innen*

geschichte und die Hintergründe der (Um-)Benennung der Straßennamen. Dank einer eigens konzipierten digitalen als auch vor Ort stattfindenden Befragung konnte er ein umfangreiches Meinungsbild zur generellen Umbenennung von Straßen und insbesondere der des „Fliegerviertels" präsentieren, worüber im Anschluss breit diskutiert wurde. Seit 1946 flammt die Diskussion über eine Umbenennung immer wieder auf und erlischt dann wieder. Um dieses Thema künstlerisch zu markieren, wurden rund um den Adolf-Scheidt-Platz an den Straßenschildern ergänzende Hinweise angebracht. Die Installation „Ergänzung/Hommage an Lore" sollte den Diskurs objektbezogen anregen und gleichzeitig an die Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Organisationen wie des Aktiven Museums erinnern. Ein wichtiger Bestandteil des Straßenfests waren die dauerhaften erinnerungskulturellen Markierungen

wie Gedenktafeln und Stolpersteine. Dazu stellte Nora Hogrefe das Berliner Gedenktafelprogramm vor und berichtete von der Arbeit der Koordinierungsstelle Historische Stadtmarkierungen. Die anschließende Gesprächsrunde zeigte ein hohes Interesse an der eigenständigen Erforschung ihrer Lokal- und Hausgeschichten. So war es ein Ziel der Veranstaltung, die Besuchenden zu ermutigen, die Geschichte ihres (Zu-) Hauses eigenständig zu erforschen und sich mit lokalen Spuren der NS-Geschichte auseinanderzusetzen. Dazu wurde eine offene Recherchewerkstatt angeboten, die unser Vereinsvorsitzende Christoph Kreutzmüller und der historisch Interessierte Miklas Weber leiteten. Den zahlreichen Teilnehmenden wurden diverse Recherchetools nähergebracht, wobei insbesondere die digitalisierten Berliner Adressbücher nützlich waren.

Geführte Tour von Stella Flatten zum Thema Exil

Als Verbindung zwischen informativen und künstlerischen Teilen dienten die geführten Themen-Rundgänge. Stella Flatten nahm die Menschen mit auf einen Spaziergang rund um den zentralen Platz und verband die Exilgeschichten tiefergehend mit dem Ort und den diversen Beiträgen des Straßenfestes. Jella Riffel und Rita Werth führten die vielzähligen Interessierten zu ausgewählten Orten des Viertels im Rahmen eines jeweils 90-minütigen Stolpersteinrundgangs. Darüber hinaus hatten die Besuchenden die Möglichkeit zur individuellen Teilnahme bei einer Do it yourself-Station: An einer zwischen zwei Bäume gespannten Wimpelkette konnten Menschen ihre Gedanken zum Thema Exil und Vermissen schriftlich festhalten und durch stilles Erinnern selbst Teil eines Beitrags werden. Am Sonntag entstand am Storchenbrunnen auf dem Platz ein Ort feministischer Nachbar*innenschaftspraxis. Hier lud Hollie Flatten zum gemeinschaftlichen Häkeln ein. Die ortsansässigen Vereine Futur:ista e.V. und Parkring e.V. boten allen Teilnehmenden und Interessierten Snacks und Getränke an.

Die gut besuchte Veranstaltung und das darüber hinaus anhaltende Interesse zeigt, dass das interdisziplinäre, niedrigschwellige und interaktive Konzept des historischen Straßenfests Erfolg hatte. Dabei zeichnet sich das nachhaltige Interesse besonders in der Nachbar*innenschaft ab. Der Diskurs über den Umgang mit kritischen Straßennamen wurde wieder entfacht, neue Ideen für erinnerungskulturelle Projekte kamen auf, Hausgeschichten und Biographien wurden recherchiert und sogar Personen für das Berliner Gedenktafelprogramm vorgeschlagen. Künstler*innen lobten besonders die Einbindung ihrer Perspektiven in die erinnerungskulturelle Arbeit des Aktiven Museums.

Zugleich werfen das historische Straßenfest und dessen Resonanz Fragen auf, die einen nachhaltigen Wissenstransfer und die Arbeitsorganisation solcher Projekte betreffen. Einigen Interessierten wurde auf Nachfrage im Anschluss an die Veranstaltung digitales Infomaterial zugesandt. Auf einer erneuerten Webseite des Aktiven Museums könnten Informationen zu solchen Projekten öffentlich für eine breitere Masse und künftige Kooperationspartner*innen bereitgestellt werden, vielleicht sogar mehrsprachig. Zu überlegen wäre, ob ein digitaler Arbeitsplatz für die jeweiligen AGs hilfreich wäre, sodass alle Personen der AG auf das generierte Wissen zugreifen können. Als Praktikantin erhielt ich durch das Straßenfest einen exemplarischen Einblick in projektbezogene Arbeitsabläufe des Aktiven Museums, wobei an manchen Stellen Fragen nach der Zusammenarbeit bzw. Kommunikation zwischen Kooperationspartner*innen, Interessierten/Mitgliedern, Vorstand und Geschäftsstelle aufkamen. Ein weiterer Aspekt, der in diesem Rahmen diskutiert werden könnte, wäre die Einbindung von diverseren, nicht mehrheitlich

*Gespräch mit den Künstler*innen über ihre Werke (v.l.n.r.: Sonya Schönberger, Ian Wiblin, Anthea Kennedy, Stella Flatten und Moderatorin Nora Hogrefe)*

christlich sozialisierten weißen Perspektiven. Nicht nur bietet das Thema Exil viele Anknüpfungspunkte für multiperspektivische Betrachtungsweisen, auch sollte Multiperspektivität mit Blick auf eine pluralistische Berliner Gesellschaft grundsätzlich bedacht werden, da sich diese als Hauptzielgruppe der historischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit des Aktiven Museums in den Angeboten und Inhalten wiederfinden sollte.

Zum Schluss möchte ich mich im Namen des Orga-Teams bei Flavia Citrigno, Arnd Flatten und Robert Bauer, die uns bei der Vorbereitung und Planung als auch vor Ort tatkräftig unterstützt haben, ebenso herzlich bedanken wie bei den Nachbar*innen, die uns bereitwillig ihre Häuser und Gärten zur Verfügung gestellt haben. Und vielen Dank an die gesamte AG, alle Künstler*innen und Teilnehmenden, durch die die Veranstaltung so gut gelungen ist.

Mehr zum Programm: https://koerber-stiftung.de/projekte/tage-des-exils/2023-berlin

Mara Grehl

Mara Grehl studiert zurzeit an der FU Berlin im Masterstudiengang Public History und hat ein viermonatiges Praktikum in der Geschäftsstelle des Aktiven Museums absolviert. Im Rahmen dessen hat sie das Straßenfest in der Gartenstadt Neu-Tempelhof mitorganisiert.

VEREINIGTES ERINNERN? GESCHICHTE VON UNTEN IN BERLIN

Der achte „Salon“ des Aktiven Museums

Anlässlich des 40. Vereinsgeburtstages im Juni 2023 fand am 28. November des Jahres ein Salon zum Thema Ost-West-Perspektiven im Aktiven Museum statt. Gemeinsam blickten wir zurück auf die Gründungszeit des Vereins im West-Berlin der 1980er-Jahre sowie auf Geschichtsbewegungen rund um die Zeit von Mauerfall, Wende und Deutscher Einheit in Berlin. Im Fokus standen die folgenden Fragen: Wer hat sich wann, wo und auf welche Weise für eine Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit engagiert? Wie sah „Geschichte von unten“ im Osten der Stadt und in der DDR aus? Welche Teilungen blieben nach der Vereinigung in Berlin im erinnerungskulturellen und bildungspolitischen Bereich bestehen? Daran anknüpfend wollten wir auch über die gegenwärtige Situation diskutieren, denn für das Aktive Museum bedeuteten die frühen 1990er-Jahre in vielfacher Hinsicht Aufbruch und Veränderung, die das Wirken des Vereins – Stichworte Gedenktafeln und Straßennamen – bis heute prägen.

Für unser Podium hatten wir die Historikerin Annette Leo und den Leiter des Museums Pankow Bernt Roder gewinnen können, die beide in den frühen 1990er-Jahren zum Aktiven Museum gestoßen waren. Die Moderation übernahm Karoline Georg als kürzlich neu gewählte stellvertretende Vorsitzende des Vereins. Nach dem Fall der Mauer und dem Ende der DDR kam Annette Leo zum Aktiven Museum. Im Jahr 1991 war sie maßgeblich an dem vielbeachteten Projekt des Vereins „Mythos Antifaschismus. Ein Traditionskabinett wird kommentiert“ beteiligt, in dessen Rahmen sie u.a. mit Regina Scheer, Thomas Flierl, Martin Schönfeld, Gisela Wenzel und Michael Zimmermann das 1986 eingeweihte Traditionskabinett im Ernst-Thälmann-Park hinsichtlich seiner Geschichtsdarstellung kommentierte und auf historische Fakten überprüf-

te. Kurz danach wirkte die Ost-Berlinerin Annette Leo auch als Vorstandsmitglied im Aktiven Museum, das sich im Rahmen des Projektes zum „Traditionskabinett" intensiv der Auseinandersetzung mit Ost-Berliner Geschichtsschreibung widmete. Entgegen der damals weit verbreiteten Ansicht, die Spuren der DDR-Narrative müssten in Form von Straßenumbenennungen und abgehängten Gedenktafeln möglichst schnell aus dem öffentlichen Raum verschwinden, setzte sich das Aktive Museum für eine Kommentierung, Kontextualisierung und Sichtbarmachung der unterschiedlichen Sichtweisen auf Geschichte ein und stritt für den Erhalt von Gedenktafeln und Straßennamen für kommunistische Widerstandskämpfer*innen. Als „mit der Geschichte leben" beschrieb der damalige Leiter des Kulturamts Prenzlauer Berg Thomas Flierl diese Haltung. Die Ost-West-Kooperation bei dem Projekt war aber keineswegs frei von Konflikten. Während Annette Leo „mit der Faust in der Tasche durch die Ausstellung" lief vor Wut über die Auslassungen und Verfälschungen des staatlichen Antifaschismus, erschien dieser aus Westperspektive nahezu wünschenswert im Vergleich zum antikommunistischen bundesrepublikanischen Diskurs.

In den frühen 1990er-Jahren stießen neue Mitglieder aus dem Ostteil der Stadt zum Aktiven Museum und prägten das Wirken des Vereins – mit Hans Coppi, Jürgen Danyel, Andreas Herbst und Annette Leo war im Sommer 1992 der achtköpfige Vorstand sogar paritätisch mit Ehrenamtlichen aus Ost und West besetzt.

Bernt Roder kam damals aus Hamburg bzw. der KZ-Gedenkstätte Neuengamme nach Berlin. Er hatte sich auf eine Anzeige im Tagesspiegel Ende 1991 hin, die ihm die damalige Geschäftsführerin des Vereins, Christiane Hoss, weiterleitete, erfolgreich auf die Leitung des Heimatmuseums Prenzlauer Berg beworben, welches nach der Bezirksreform zum Museum Pankow wurde. In dieser Rolle setzte er sich in Sonderausstellungen für eine Aufarbeitung des Ost-Berliner Geschichtsverständnisses ein. Das Aktive Museum lernte Bernt Roder gerade auch durch die Arbeit des Vereins für die Erhaltung und Wiederanbringung von Gedenktafeln in Ost-Berlin kennen und schätzen. Die Energie des Vereins und dessen Engagement für Geschichte vor Ort waren damals sehr ausgeprägt und wurden von vielen Geschichtsakteur*innen in der Stadt sehr gewürdigt, wusste er zu berichten. Aus dem Publikum erzählten einige Gäste von ihren persönlichen Erfahrungen aus den 1980er- und 1990er-Jahren in Berlin und beschrieben ein gegenseitiges Interesse an der Geschichtsarbeit des jeweils anderen Stadtteils. Es kam unter anderem die Frage nach dem damaligen Umgang der historisch-politischen Bildungsarbeit mit der massiven rechtsextremen Gewalt auf, die sich nicht nur in Berlin abspielte.

Zusammenfassend schien in den Jahren rund um die „Wende" sowohl „die Zeit nicht reif" als auch „die Zeit genau richtig" zu sein für eine gemeinschaftliche Auseinandersetzung mit Geschichtsnarrativen in Ost und West sowie der frisch vereinten Stadt Berlin. Das Interesse an den Erfahrungsberichten war an diesem Abend sehr groß. Umso mehr drängt sich weiterhin die Frage auf, wie es heute aussieht. Welche Perspektiven sind im Aktiven Museum und in der Geschichtsarbeit generell vertreten? Wer wird wahrgenommen? Gibt es Beiträge, die untergehen? Auffallend ist zumindest, dass heute die große Mehrzahl der momentan zehn Vorstandsmitglieder (wieder) im Westen sozialisiert ist. Inwiefern prägt dies die aktuelle Geschichtsarbeit des Vereins? Sollten unterschiedliche Perspektiven auf Faschismus und Widerstand in den Projekten des Aktiven Museums stärker sichtbar werden und wenn ja, wie?

Diesen Fragen möchten wir uns in einem weiteren Salon widmen, denn das Gespräch verblieb eher in einer Rekapitulation der Vergangenheit und könnte gerade im Hinblick auf die Gegenwart ausführlicher diskutiert werden. Wir bedanken uns herzlich bei unseren Podiumsgästen und den Teilnehmenden im Publikum, die den Abend durch all ihre Beiträge bereicherten und uns an ihren Erfahrungen und Meinungen teilhaben ließen sowie beim Salon am Moritzplatz!

Die Salon-Vorbereitungsgruppe, bestehend aus Karoline Georg, Nora Hogrefe, Gerd Kühling, Jens Schley und Lotte Thaa

AUSWEICHDIENSTSTELLE DACHS

Wulkow – ein vergessener Täterort nahe Berlins

In Wulkow, sechzig Kilometer östlich von Berlin am Rande des Oderbruchs gelegen, befand sich von März 1944 bis Februar 1945 ein Außenarbeitskommando des Ghettos Theresienstadt. Etwa 370 als Jüdinnen:Juden verfolgte Menschen mussten dort Ausweichdienststellen für das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) sowie für die NSDAP-Parteikanzlei errichten. Der verstärkte alliierte Luftkrieg gegen das Deutsche Reich ab 1943 verschärfte die Raumprobleme des stetig wachsenden RSHA. Es war ab 1943 über zahlreiche Dienststellen in Berlin verteilt. Allein das Amt IV verteilte sich auf mindestens acht[1] Dienststellen in verschiedenen Berliner Bezirken, viele in „arisierten" Gebäuden. Am bekanntesten dabei: Das „Eichmannreferat" in der Kurfürstenstraße 115/116, bis 1939 Sitz des „Brüderverein zur gegenseitigen Unterstützung". Zum bombensicheren Umbau der Dienststellen beutete die SS KZ-Häftlinge sowie jüdische Zwangsarbeiter:innen aus – in der Kurfürstenstraße waren es jüdische Mischehepartner. Zudem reagierte die Führung des RSHA mit Verlagerungen von Dienststellen in weniger luftgefährdete Gebiete wie die Mark Brandenburg, Niederschlesien und das deutsch besetzte Tschechien („Protektorat Böhmen und Mähren"). Bereits im Sommer 1943 wurde die Abteilung IV A 6 a (Konzentrationslagerpapiere) mit 200 Mitarbeiter:innen in das Ghetto Theresienstadt verlegt, was die Raumnot im Ghetto noch verschärfte.

In Wulkow plante das RSHA für 1000 Mitarbeiter:innen die größte Ausweichdienststelle. Der Ort war durch die Nähe der Ostbahn sowie durch ein dort verlaufendes Nachrichtenkabel der Reichspost besonders geeignet. Im Ghetto Theresienstadt wurde ein Arbeitskommando mit dem Tarnnamen „Barackenbau Zossen" aufgestellt und am 2. März 1944 mit 200 Häftlingen nach Wulkow deportiert. Untergebracht waren sie zeitweise in einer Sandgrube direkt am Ortsrand, deren Bezeichnung „Judenloch" sich bis heute tradiert hat.

Der Kommandant des Lagers war der SS-Obersturmführer Franz Stuschka aus Wien, ein enger Mitarbeiter Eichmanns, der parallel das Arbeitskommando in der Kurfürstenstraße leitete. Von den Häftlingen wird er als überaus brutal geschildert: „Ich weiss nur, dass Jungmann in fürchterlicher Weise vom Angeklagten geschlagen wurde. Ich habe ihn selbst dann einmal unbekleidet gesehen und werde nie vergessen, wie er zugerichtet war." (Zeugenaussage Franz Cernoch vor dem Wiener Volksgericht 1949).[2] Albert Jungmann war nach der Befreiung in die Wiener Kriminalpolizei eingetreten und hatte den Prozess gegen Stuschka ins Rollen gebracht. Todesfälle sind aus Wulkow nicht überliefert, aber zahlreiche Deportationen zunächst in das Berliner Sammellager Schulstraße und von dort zurück nach Theresienstadt, sowie in die Konzentrationslager Sachsenhausen und Ravensbrück. Etwa zwanzig Häftlinge überlebten diese Deportationen nicht. Die Häftlinge kamen aus Böhmen und Mähren (sechzig Prozent) und aus dem Deutschen Reich. Knapp zehn Prozent waren Frauen. Etwa zwanzig Prozent waren aus Berlin nach Theresienstadt verschleppt worden. Auffällig viele der aus dem Deutschen Reich deportieren Häftlinge waren „Geltungsjuden". Bewacht wurden sie von „Volksdeutschen" Angehörigen der Waffen SS sowie von Schutzpolizisten aus Frankfurt (Oder).

Im Sommer 1944 nahm die Ausweichdienststelle ihren Dienst auf. Neben den Referaten Links- und Rechtsopposition, Spionage- und Sabotageabwehr wurden mehrere Länderreferate nach Wulkow ausgelagert. Aussagen der Mitarbeiter:innen des „Polenreferats" im Landesarchiv Berlin[3] vermitteln das Bild eines trotz Verlagerung funktionierenden Verbrechensapparats: So wurden nicht nur Repressalien im Zuge der „Bandenbekämpfung" in Wulkow geplant, sondern auch Anträge auf „Sonderbehandlung" (Ermordung) von polnischen Zwangsarbeitern wegen „Verbotenem Umgang" mit „arischen" Frauen bearbeitet.

Am 2. Februar 1945 wurden das Häftlingslager und die Dienststelle aufgelöst. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Häftlinge etwa dreißig Baracken errichtet. Die Gestapo-Mitarbeiter kehrten nach Berlin zurück

Alliiertes Luftbild (Mai 1944) mit erkennbaren, aus Luftschutzgründen lose im Wald angeordneten Baracken

und die Häftlinge wurden auf einer achttägigen Irrfahrt ins Ghetto Theresienstadt zurück verschleppt.

Die überlebenden Wulkower Häftlinge waren überaus aktiv, unterstützten sich gegenseitig, forcierten die Strafverfolgung und trafen sich ihr Leben lang als „Wulkower". In den 1990er-Jahren wurde auch vor Ort erinnert: In einem Projekt der RAA Strausberg wurden Gedenkzeichen installiert, die Überlebende und lokale Jugendliche zusammen gestalteten. Vor zwei Jahren gründete sich unter Mitwirkung der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist:innen" der Arbeitskreis Wulkow, um daran anknüpfend die Geschichte des Lagers und der Ausweichdienststelle weiter zu erhellen. Die Recherche-ergebnisse finden aktuell Eingang in eine Onlineausstellung (https://erinnerungsort-wulkow.de), die ab April 2024 freigeschaltet wird.

Nils Weigt

Nils Weigt, der während seines Studiums an der Ausstellung des Aktiven Museums zur Geschichte der „Polenaktion" mitgearbeitet hat, engagiert sich im Arbeitskreis Wulkow und bearbeitet am Fritz-Bauer Institut in Frankfurt/M. ein Dissertationsprojekt zur Verlagerung von SS- und Gestapo-Dienststellen nach Brandenburg von 1943 bis 1945.

1) Topographie des Terrors, Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem ‚Prinz-Albrecht-Gelände'. Eine Dokumentation, Berlin 1987, S. 76

2) WStLA, LG Wien Vg 2a VR 6995/46

3) LAB, B Rep. 057-01 GStA bei dem Kammergericht - Arbeitsgruppe RSHA

LIEFERBARE PUBLIKATIONEN DES AKTIVEN MUSEUMS

Ausgeblendet. Der Umgang mit NS-Täterorten in Ost- und West-Berlin
Berlin 2020
5,00 Euro

Immer wieder? Extreme Rechte und Gegenwehr in Berlin seit 1945
Berlin 2019
5,00 Euro

Berliner Bibliotheken im Nationalsozialismus
Berlin 2018
5,00 Euro

Stolpersteine in Berlin #2. 12 Kiezspaziergänge
4. Auflage, Berlin 2018
12,00 Euro

Stolpersteine in Berlin. Pädagogisches Begleitmaterial
Berlin 2015
8,00 Euro

Letzte Zuflucht Mexiko. Gilberto Bosques und das deutschsprachige Exil nach 1939
Berlin 2012
10,00 Euro

Ohne zu zögern... Varian Fry: Berlin – Marseille – New York
2., verbesserte Auflage, Berlin 2008
15,00 Euro

Haymatloz. Exil in der Türkei 1933–1945
Berlin 2000
10,00 Euro, incl. CD-ROM

AKTIVESMUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Stauffenbergstraße 13-14
10785 Berlin

Tel 030 · 263 9890 39
Fax 030 · 263 9890 60

www.aktives-museum.de

info@aktives-museum.de